

# Posener Zeitung.

Nº 281.

1850.

Sonnabend den 30. November.

## Inhalt.

Deutschland. Berlin (Manteuffel nach Olmütz; drohende Russ. Note; Adress Commiss. d. ersten Kammer; forcire Eintritt im Minis.; Truppenbeweg. in Böhmen; Ausweis. d. Dr. Haym; Kinkel's Flucht; Gericht von Berga; d. Kammer); Potsdam (patriot. Zug); Breslau (Durchreise Manteuffels; Gerichte; Aufrang zum Militair); Bon der Schlesisch-Böhmis. Grenze; Königsgberg (d. Kriegsgeschrei); Niedsburg (Vorpostengefecht); Kiel (Großn. d. Landesvers.); Dänabück (Stübe Landdrost); Frankfur (Preu. Durchmarsch); Exesse d. Baiern; der Kurfürst will nach Kassel zurückkehren; versöhnl. Artikel Blittersdorf's); Braunschweig; Dresden (Vorbereitungen); Mainz (Preu. Garisonenfest); Wiesbaden; Aus Franken (Truppenbewegungen); Carlruhe (Adress an Schreckenstein).

Oesterreich. Wien (d. Vergiftung d. Sultans widerrufen); Prag (Beitrag d. Königs v. Preu. zur Statue Radetzky's).

Schweiz. Bern (d. Neuenburger Frage).

Frankreich. Paris (ein Schreiben Cavaignac's; Eindruck d. Preu. Thronrede).

England. London (Sendeschreiben an d. Palmerston gerichtet).

Niederlande. Haag (Neutralität).

Dänemark. Kopenhagen.

Türkei. Constantinopel (d. Preu. Differenz beigelegt; Gräuel in Aleppo).

II. Kammer: 6. Sitzung.

Locales. Posen.

Musterung polnischer Zeitungen.

Berlin, den 29. November. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den bisherigen Landratsamts-Verweser Stahlberg zum Landrat zu ernennen.

Potsdam, den 27. November. Ihre Königlichen Hoheiten die Prinzessin Friedrich der Niederlande und Höchsteren Tochter, die Prinzessin Marie, sind nach dem Haag gereist.

## Telegraphische Korrespondenz des Berl. Büros.

Paris, den 25. Novbr. Nach Mez und Léveillé sind 6 Regimenter abgefunden worden. Die niedergesetzte Kommission für den Kredit zur Rüstung hat sich für die Neutralität Frankreichs ausgesprochen. Berry meinte: die Armeen müsse jede Devastation Frankreichs hindern. Die Repräsentanten des Elysée wollen, daß der Bericht die Neutralitätsfrage mit Stillschweigen übergehe. Die "Assemblée nationale" und die "Gazette de France" sind von der Anklage der Beleidigung des Präfekten freigesprochen worden.

Paris, den 26. November. Die für die Rüstung niedergesetzte Kommission, unter Präfektum Molé's, hat sich gegen Vermehrung und Konzentration von 40,000 Mann ausgesprochen. Die Majorität dieser Kommission ist anti-preußisch gesinnt. — Alle Gerüchte, die von einer kriegerischen Stimmung des Elysées sprechen, sind vollkommen falsch. Es werden Komitees errichtet, um allen kompromittirten Deutschen die Rückkehr zu erleichtern.

In das Département Yonne wurden Truppen gesandt, um etwaige Unordnungen vorzubeugen.

Die Angelegenheit Alzair kommt vor die Assisen.

Das Resultat der Wahlen im Cher-Departement ist noch nicht bekannt.

## Deutschland.

\* Berlin, den 28 November. Als Ergänzung meines gestrigen Berichts folgendes:

Das Staatsministerium hat in der heutigen Sitzung der Abreß-Kommission offiziell erklärt, es sei Aussicht vorhanden, daß die schwedenden Fragen friedlich und zwar auf Grund der Preußischen Vorschläge, beigelegt werden würden. Der Minister v. Manteuffel sei demgemäß gestern nach Olmütz abgereist, um persönlich mit dem Fürsten Schwarzenberg zu verhandeln. Preußen beharrte darauf, die Etappenstraße in Hessen (wozu Kassel gehört) besetzt zu halten und werde darin nicht nachgeben; der General Graf v. d. Groben sei angewiesen, jedes weitere Vorbringen auf die Etappenstraße sofort und entschieden mit den Waffen zurückzuweisen. Uebrigens werde nicht beabsichtigt, ein Oesterreichisches (oder Bundes-) Corps nach Schleswig zu senden, so daß also diese Befürchtung ungegründet sei. — So weit die Mittheilung des Ministeriums; die nächsten Tage müssen nun die weiteren Nachrichten bringen, im Allgemeinen glaubt man hier doch nicht an Erhaltung des Friedens. So viel für heute.

○ Berlin, den 28. November. Der Minister v. Manteuffel, wie Sie aus den Blättern ersehen haben, ist nach Olmütz abgereist zu einer Besprechung mit dem Oesterreichischen Ministerpräsidenten. Es ist dies ein letzter Verständigungsversuch, nachdem vorgestern Abend der Krieg schon so gut wie gewiß schien. Herr von Prokesch hatte die leste Oesterreichische Erklärung abgegeben und bemerkte, daß er im Falle der Ablehnung der darin gemachten Forderungen Berlin verlassen müsse. Die Regierung war entschlossen, auf diese Forderungen nicht einzugehen; der König namentlich soll den Krieg für unvermeidlich gehalten haben. Da trat eine Gegenwirkung ein, die zu neuer Erwägung zwang. Herr v. Budberg übergab eine Russische Note der drohenden Art. Es soll darin für den Fall eines Krieges mit Oesterreich eine Russische Invasion angekündigt und hinzugefügt sein, daß man den dermaligen Länderbestand des Preußischen Staates dann nicht mehr verbürgen könne! Den König soll diese Sprache sehr betroffen haben. Früher schon hatte, wie von unterrichteten Männern versichert wird, der Französische Gesandte am hiesigen Hofe für das Kaiserthum Louis Napoleon zu wirken gesucht und, in seinen Erwartungen getäuscht, kein Hehl daraus gemacht, daß die Tendenz der Französischen Nation allerdings auf Erwerbung des linken Rheinufers gerichtet sei! Der König mußte demnach sehen, daß Preußen für den Fall eines Krieges mit Oesterreich rings von Feinden umgeben sein würde, und er neigte sich wieder zu den Ansichten des Herrn v. Manteuffel, dessen Bedeutung auch dadurch in seinen Augen hatte steigen müssen, daß eine Reputation der conservativen Partei in der zweiten Kammer gegen ihn ausgesprochen hatte: Die Politik dieses

Ministers könnte auf eine Mehrheit von 20 Stimmen rechnen! Herr v. Manteuffel wurde denn beauftragt zu einer letzten Besprechung mit dem Fürsten Schwarzenberg nach Olmütz abzugehen, und der König soll ihn vor der Abreise noch in tiefer Bewegung umarmt haben. Möge er einen Frieden zurückbringen, den das Preußische Volk für einen ehrenvollen zu erkennen vermag! Ein solcher Frieden — aber auch nur ein solcher! — ist hier der Wunsch aller Parteien.

Berlin, den 26. November. Das C. B. will wissen, die Nassauische Regierung habe sich bereit erklärt, eine Besetzung Nassaus durch Preußische Truppen, wenn die diesseitige Regierung es für ratsam hält, zuzulassen. Es sei dies der Oesterreichischen Regierung nothwendigst worden.

(Const. Ztg.) In der heutigen Sitzung der Abreß-Kommission der Zweiten Kammer hat das Ministerium, sicherem Vernehmen nach der weitere Mittheilung von Altenstücken, abermals hinausgeschoben und dies damit motivirt, daß die Unterhandlungen noch schwieben. Eine lebhafte Debatte soll die Folge dieses Verhaltens gewesen sein. — In die Abreß-Kommission der ersten Kammer sind nach den einzelnen Abtheilungen folgende Mitglieder gewählt worden: I. Gr. v. Alvensleben, v. Brünneck. II. Grein, v. Tepper. III. Graf Henckel, Graf Dönhof. IV. Brüggemann, Stahl. V. Gottemer, v. Plötz. Nur die Herren v. Brünneck und v. Tepper dürfen als nicht ministeriell bezeichnet werden.

— Die N. Pr. Ztg., welche noch vor wenigen Tagen von der nicht länger zu verhüllenden Spaltung im Ministerium sprach, läßt diese Spaltung vorüber sein. „Im Staats-Ministerium scheine der Beschluß gefaßt zu sein, von dem in denselben herrschenden Widerspruch der Prinzipien sowohl in der allgemeinen, als in der Handelspolitik abzusehen.“ Man erinnert sich, daß nicht zum ersten Male ein solcher Beschluß der forcirten Eintracht in dem Ministerium gefaßt worden ist. Zum ersten Male jedoch ist man aufrichtig genug, das eigentliche Motiv der Einigung nicht mit einer flingenden Phrase zu verhüllen, sondern in den praktischen Zweck zu sehen, der allerdings gegen Prinzipien sich indifferent verhält — in den Zweck der „Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Ministeriums“. Uebrigens spricht auch die N. Pr. Ztg. von der Verstärkung des Ministeriums durch die Berufung des Grafen Dohua an die Spitze derselben.

— Das Corr.-Büro schreibt: Zwischen der Staatsregierung und einem Bischof der katholischen Kirche in Preußen droht sich ein neuer Conflict zu erheben, welchem im Interesse der jetzt mehr als je nötigen Eintracht zwischen den beiden Gewalten eine baldige und gütliche Ausgleichung zu wünschen ist. Die Verfassung gewährleistet der katholischen Kirche die selbständige Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten. Von dieser der Kirche zugestandene Selbständigkeit Gebrauch machend, wurde die erledigte Pfarrstelle zu St. Martin in Emmerich kirchlicher Seite durch Berufung des bisherigen Vikars zu Voeholt Hrn. v. Bostel ohne Mitwirkung der Staatsbehörden besetzt. Inzwischen aber hatte die Königliche Regierung zu Düsseldorf die Pfarre auf Grund des landesherrlichen Patronatsrechts in ihrem Amtsblatte ausgeschrieben. Durch die Säcularisation der geistlichen Güter war die Regierung allerdings in den Besitz des Patronats gelangt. Die Kirche mußte aber glauben, durch die Verfassung in die früher von dem Collegialkapitel zu Emmerich ausgeübte Befugniß, die erledigte Pfarre zu besetzen, wieder eingesezt zu sein.

— Der Potsdamer und Anhaltische Bahnhof werden in diesen Tagen durch einen Schienenstrang verbunden zum rascheren Transport der Wagen von einer Bahn zur andern. Die Direktion der Anhaltischen Bahn hat erklärt, nötigenfalls 10,000 Mann täglich befördern zu können.

— Am 21sten ist, neuesten Nachrichten zufolge, in Böhmischem Friedland auch Artillerie, 6 Kanonen und 2 Hanibiken, eingerückt. Kavallerie soll folgen. Auch die Truppenbewegungen in der Gegend von Reichenberg vermehren sich. Am 19ten und 20ten rückten in diese Stadt I Bataillon Oesterreichischer Jäger und I Regiment Kroatien ein und bezogen Kantonements in der Umgegend. Zum 21ten war ein Regiment Dragoner derselbst angefangen. In Hohenelbe stand am 25ten ein Bataillon Infanterie, etwa 800 Mann stark; auch soll in Morgenstern an der Grenze des Löwenberger Kreises I Bataillon Jäger angelangt sein. Endlich wird als gewiß verichert, daß auch die Böhmischem Dörfer an der Sächsischen Grenze unweit Bittau Oesterreichisches Militair als Einquartierung erhalten werden. Die Einwohner der Preußischen Grenzdörfer sind in großer Besorgniß über diese kriegerischen Anstalten.

Berlin, den 27. November. Die Const. Ztg. theilt heute Folgendes mit: Der Redakteur dieser Zeitung hat heute früh Berlin verlassen müssen. Vor 6 Uhr Morgens erschien in der Wohnung des Herrn Dr. Haym ein Polizeibeamter und ein Schuhmann. Sie ließen denselben wecken und teilten ihm mit, sie hätten von dem Polizeipräsidenten den Befehl erhalten, ihn sofort zur Eisenbahn zu schaffen und seiner Abreise sich zu versichern. Die Wahl des Bahnhofs ward ihm freigestellt, jedoch darauf bestanden, daß er mit einem der Frühzüge die Stadt verlässe. Der Polizeibeamte begleitete darauf Herrn Dr. Haym nach dem Hamburger Bahnhof und verließ ihn erst beim Abgang des Zuges. — Wir erinnern daran, daß unmittelbar nach Empfang der ersten polizeilichen Weisung Herr Dr. Haym Recurs an das Ministerium des Inneren ergriffen und hieron das Polizei-Präsidium in Kenntniß gesetzt hat. Von Seiten des Ministeriums ist bisher kein Bescheid ergangen.

Die Redaktion der Const. Ztg. hat nun Herr Stadtrath Dr. Moritz Weit übernommen.

— Ueber die Flucht Kinkel's wird dem C. Ztg. geschrieben: „Außer den beiden Aufsehern des Zuchthauses zu Spandau, die in dem Verdacht stehen, gegen den Preis von 800 Thaler den Züchtling in Freiheit gesetzt zu haben, ist jetzt noch ein Gastwirth Krüger zur Untersuchung gezogen, bei dem sich fremde Personen aufgehalten haben sollen, denen man die Einleitung des ganzen Planes zuschreibt. Der

Gastwirth behauptet, diese Personen nicht zu kennen. Kinkel ist durch mehrere Thüren, zu welchen mittels Wachsabbrücks Nachschlüssel angefertigt sein sollen, unter das Dach des Vorgergebäudes gebracht worden, durch ein kleines Dachfenster, das noch jetzt zerbrochen ist, auf's Dach gestiegen, und an einem Strick auf die Straße herabgelassen worden. Der von dem Strick angeblich herrührende Eindruck ist an der Dachrinne bemerkbar. Das die Aufseher der Nachschlüssel bedurften, erklärt sich wohl daraus, daß zur Nacht sämtliche Schlüssel an den Inspector des Zuchthauses abgeliefert werden müssen. Daß dem Letzteren nichts zur Last falle, wird von allen Seiten versichert. — Uebrigens soll Kinkel nicht, wie es anfangs hieß, in Offiziersuniform entflohen sein. Die Bordseite des Gebäudes wird merkwürdiger Weise des Nachts von gar keinem Posten bewacht, so daß wohl eine Verkleidung gar nicht einmal nothwendig war.“

Berlin, den 28. November. (N. Pr. Ztg.) In den Kammer unterhielt man sich gestern von einer Vertagung derselben für 30 Tage, und soll diese bereits in etwa acht Tagen ausgesprochen werden. Inzwischen dürften die Angelegenheiten bis dahin definitiv geordnet sein, sowohl was Krieg oder Frieden, als was die Rekonstruktion des Ministeriums anbetrifft. Während der Vertagung sollen die Arbeiten der Kommissionen nicht unterbrochen werden, vielmehr diese sich mit den vorher noch gemachten Vorlagen der Regierung zu beschäftigen haben. Unter den Gesetzesvorlagen, welche die Regierung in nächster Zeit in die Kammer einbringen wird, soll sich auch die über eine Englische Anteile befinden. Gewiß ist, daß Seitens der Seehandlung bereits desfallige Unterhandlungen am Londen Gelbmarkt gepflogen werden, welche die Bedingungen ergeben sollen, unter welchen eine Anteile ablegen; sie beginnt wahrscheinlich am nächsten Dienstag. — Die in einer Großdeutsch gesonnenen Sächsischen Zeitung gegebenen Nachrichten über die Stärke und den Zustand der Oesterreichischen Armee in Böhmen, sind, wie wir aus zuverlässiger Quelle vernehmen, in hohem Grade übertrieben. — Für das Feldsatzarethwesen sind durchschnittlich bei jedem Truppenteile zweierlei Arten von Heilanstellen bestimmt. Zuerst solche, die unmittelbar hinter den marschirenden Truppen aufgeschlagen werden, und die Verwundeten auf den Wahlstätten aufsuchen lassen, die nun in der nahen Anstalt die ersten Verbände empfangen. Von diesen Aufstalten werden die ersten Kranken, sobald es ihr Zustand irgend erlaubt, in die zweite, stetigere Art der Feldlazarette zu langerer Behandlung abgeliefert, so daß das liegende Lazareth sich wieder rasch hinter den Truppen bewegen kann. — Bisher ist zur Krankenpflege aus jeder Kompanie ein Mann eingesetzt. Diese Zahl dürfte aber aus den jetzt eingestellten vermehrt werden. Indessen fehlt noch durchaus die Bestimmung einer hinreichenden Mannschaft aus jeder Kompanie, um während des Gefechtes und gleich danach, die Verwundeten zusammen zu suchen und hinter die Schutzlinie zu tragen. Ein Umstand, auf den auch schon die Wehrzeitung dringend aufmerksam gemacht hat. — Auf die Nachricht, daß Herr v. Manteuffel zu einer Zusammenkunft mit dem Fürsten Schwarzenberg gereist sei, haben sich unsere Course gehoben, trotzdem, daß von Wien die Course um 30 p.C. schlechter kamen. — Die Anwesenheit des Cardinals, Erzbischofs von Köln, Hrn. v. Geißel, soll nur den Zweck haben, sich in seiner neuen geistlichen Würde Sr. Maj. dem Könige vorzustellen. In gleicher Absicht erwartet man den Cardinal, Fürstbischof von Breslau, Herrn v. Diepenbrock, hier. — Der letztere bemüht sich jetzt, bei Besetzung der geistlichen Stellen an der hiesigen St. Hedwigskirche das Patronatrecht zu erwerben, welches bisher immer vom Staat ausgeübt wurde.

Berlin, den 29. November. Der heutige Staats-Anz. bringt den Plan zur Ein Hundert und Dritten Königlichen Preußischen Klassen-Lotterie, bestehend aus 80,000 Losen zu 45 Thaler Einsatz in Friedrichsd'or, mit 34,000 in 4 Klassen vertheilten Gewinnen und 14,000 Freilos, von welchem vollständig mit den angehängten Erläuterungen abgedruckte Exemplare bei sämtlichen Lotterie-Einnehmern zu erhalten sind; mit Ziehung der ersten Klasse dieser Lotterie wird am 15. Januar f. J. verfahren werden. — Von der Reise des Ministers v. Manteuffel nach Olmütz, welche alle Zeitungen, einschließlich die Deutsche Reform, erwähnen, bringt der Staats-Anzeiger nichts.

— Die in der Nr. 278 der Vossischen Zeitung enthaltene Nachricht über die Abreise Sr. Majestät des Königs zur Armee wird nach offizieller Mittheilung hierdurch vollständig widerrufen; es ist solche wahrscheinlich durch die stattgefunden Abreise und damit verbundenen Reise-Berichtigungen Ihrer Königl. Hoheiten des Prinzen und der Prinzessin Friedrich der Niederlande irrtümlich hervorgerufen worden.

(St.-Anz.) — Die Zusammenkunft des Ministers v. Manteuffel mit dem Herrn Fürsten Schwarzenberg wird, wie wir hören, nicht in Oderberg, sondern in Olmütz stattfinden, wonach die der C. C. entlehnte Notiz zu berichtigen ist.

Potsdam, den 27. November. (Berl. Nachr.) Von der Empfangnahme des Garde-Landwehr-Bataillons von Stettin Seitens Sr. Maj. des Königs auf dem hiesigen Bahnhof erfährt man noch folgenden hübschen Zug von nativem Patriotismus der braven Pommern. Nachdem der König ihnen gesagt hatte, daß er zwar auf ihre Bravour rechte, aber hoffe, daß sich der Krieg ohne Verlegung der Ehre Preußens noch abwenden lassen werde, sprach er sehr freundlich mit einzelnen Landwehrmännern. Einen fragte er, ob er Familie habe. Auf die Antwort: „Ja, Ew. Majestät, eine Frau und zwei Kinder“ sprach der König: „Dann würden Sie wohl gern wieder nach Hause zurückkehren?“ „Necht gern, Ew. Majestät“, war die Antwort des Landwehrmannes, „aber nicht eher, als bis wir sie geklopft haben werden!“

— worin die Uebrigen freudig einstimmten. Der König lobte den Muth und den guten Geist dieser Truppen und wiederholte die Aneuerung: "Ich hoffe, Das wird nicht nöthig sein!" Darauf marschierte das Bataillon auf der Leipziger Straße seiner weiteren Bestimmung entgegen.

Breslau, den 27. November, Abends 7 Uhr. (Schles. Ztg.) Soeben ist mit dem gewöhnlichen Berliner Zuge Se. Exc. der Minister des Innern, Herr v. Manteuffel, hier eingetroffen und in Bedrich Hotel abgestiegen. In seiner Begleitung befand sich unter Anderen der Herr Graf von Guelenburg. Se. Exzellenz wurde in dem genannten Hotel von dem Oberpräsidenten, Herrn v. Schleinitz, dem Staats-Commissarius Herrn v. Nostitz und den Herren Eisenbahn-Directoren der Oberschlesischen und Märkischen Bahn begrüßt. Der Herr Minister wird die Nacht hier verbleiben und mit dem morgigen Frühzuge der Oberschlesischen Bahn nach Oderberg weiter reisen. — Wie uns versichert wird, sollen die wichtigen Depeschen, die in vergangener Nacht zwischen Wien und Berlin mittels Telegraphen gewechselt wurden, eine schleunige mündliche Besprechung zwischen dem Ministerpräsidenten Fürsten v. Schwarzenberg und dem Minister v. Manteuffel wünschenswerth gemacht haben. Wie man in Wien schon gestern von dieser bevorstehenden Zusammenkunft in gut unterrichteten Kreisen sprach, ebenso soll man an der Berliner Börse davon Kenntniß gehabt haben.

Über den Ort, wo die Conferenz stattfinden soll, haben wir nichts Näheres in Erfahrung bringen können.

Das seit heute Nachmittag hier verbreitete Gerücht von der Ankunft des Herrn Ministers v. Ladenberg, der sich in gleicher Absicht an die Oesterl. Grenze begeben sollte, hat sich, wie vorauszusehen war, nicht bestätigt.

F Breslau, den 28. November. Heut früh ist der Minister des Innern v. Manteuffel von hier nach Oderberg abgefahren. Derselbe war gestern hier eingetroffen, und so unvermutet, daß sich außer dem Ober-Präsidenten v. Schleinitz sowie den Directoren der märkischen und oberschlesischen Eisenbahn nur sehr Wenige zu seiner Begrüßung eingefunden hatten. Wie wir vernehmen, ist der Zweck dieser schleunigen Reise eine mündliche Besprechung zwischen dem Minister-Präsidenten v. Schwarzenberg und dem Minister v. Manteuffel; die Fragen, welche hierdurch ihre Erledigung zu erwarten haben, sollen von entscheidender Wichtigkeit sein. Wir bemerken noch, daß seit einiger Zeit ein sehr lebhafter telegraphischer Depeschenwechsel zwischen Berlin und Wien stattfand, welcher an dem Abende vor der Abreise des Herrn v. Manteuffel von Berlin besonders umfangreich und anhaltend war, wahrscheinlich also mit derselben in Verbindung stehen dürfte. Diese schleunige Reise hat nicht verfehlt, eine gewisse Aufregung in der Stadt hervorzurufen; abentenerliche Gerüchte gingen schnell von Mund zu Mund und fanden von der kriegslustigen erregten Menge gläubige Hörer. So wurde von vielen Seiten versichert, daß diese Unterredung definitiv über Krieg und Frieden entscheiden solle, und daß die Königin dieser schon so lange schwelbenden Frage mit Bestimmtheit spätestens in drei Tagen zu erwarten sei. Einige unbestimmt hingeworfene, ganz allgemeine Aneuerungen gaben Veranlassung zu diesem vielverbreiteten Gerücht, welches nur Folgerungen und Muthmaßungen seine Entstehung verdankt.

Groß ist der Zudrang derjenigen, welche bisher ihrer Militärschuld nicht genügt haben, dennoch aber den mutmaßlichen Feldzug mitmachen wollen. Man hat ihnen jedoch erklärt, daß durchaus kein Mangel an Offizieren oder Gemeinen vorhanden sei, und wenn sie nicht in die Erzäh-Bataillone eintreten wollen, so müssen sie sich gedulden, bis etwa Preußen wirklich gefährdet und ein Aufruf an das gesamme Volk nothwendig gemacht wird.

Von der schlesisch-böhmischem Gränze, den 25. November. Man vernimmt aus verschiedenen Grängorten unserer Provinz, daß in den benachbarten böhmischen Städten Oesterreichische Truppen eingetroffen seien und die äußersten Gränzgegenden militärisch okupirt wären. Es hat sich auch wohl das unbegründete Gerücht verbreitet, Kroatenhausen hätten die Gränze überschritten, was den Leuten deshalb wohl glaublich erscheinen möchte, weil sie wissen, wie das jenseitige Nachbarland bereits ganz ausgeflogen ist, Vorräthe an Lebensmittel sehr knapp geworden sind. In Olaz hat der Magistrat folgende Bekanntmachung erlassen: "Da die Kriegsärmirung der Festung verfügt, so wird der Einwohnerchaft anheimgegeben, für den Fall der Schließung der Festung, sich mit den nötigen Vorräthen zu versehen und die etwa sonst erforderlich scheinenden Vorräthe zu treffen."

Königsberg, den 24. Novbr. (D. R.) Der Enthusiasmus, mit dem die Thronrede von den Kammern aufgenommen ist, hat hier ein freudiges Echo in der Brust aller Patrioten gefunden, und die Stimmung, die in den letzten Tagen im Allgemeinen eine gedrückte war, hat sich wieder zu freudiger und hoffnungsvoller Begeisterung erhoben. — In dem allgemeinen wüsten Geschrei, das Krieg um jeden Preis fordert, erheben sich bereits Stimmen und zum Theil auch in den Presse, die die traurigen Folgen eines solchen Krieges hervorheben und darauf hinweisen, um wie viel glücklicher es für Preußen sein würde, die schwedenden Differenzen beizulegen, ohne daß Bruderblut dabei fließen darf. Darin aber stimmt alles überein, daß Preußen Ehre und Macht nichts vergeben werden darf. Morgen früh verläßt uns bereits das Königsberger Garde-Landwehr-Bataillon, um seine Marschrichtung nach Konitz einzuschlagen; eben dahin geht übermorgen die 3. reitende Batterie des 1. Artillerie-Regiments ab, der die 12psündige Fußbatterie Nr. I. folgt. Da auch die Intendantur-Beamten nach Konitz dirigirt sind, so vermutet man, daß dorthin das Hauptquartier des 1. Armeecorps zunächst verlegt werden wird. — Die Batterien, welche zuerst von hier ausgerückt sind, befinden sich bereits jenseits der Weichsel.

Nenndsburg, den 24. Novbr. Von einer Kompanie unseres 1. Bataillons, welches in der Gegend von Breckendorf Vorpostendienst versteht, sind gestern Morgen zehn Dänische Infanteristen zu Gefangenen gemacht, von welchen sieben hier eingekreist, drei, weil sie verwundet, noch draußen zurückgeblieben sind. Am heutigen Morgen vertrieb eine Abtheilung vom 11. Bataillon die Dänen aus dem Dorfe Lottorf (in derselben Gegend). Der Feind rückte darauf ein masse an und nöthigte, mittels Brandraketen drei Häuser in Brand schiebend, die Schleswig-Holsteiner, das Dorf wieder zu verlassen. Wie man hört, ist auf unserer Seite nur ein Verlust von einem Mann, welcher verwundet ist, wogegen die Dänen mehr verloren haben.

Nenndsburg, den 26. November. Unsere Mittheilung von einem Brande in Lottorf und einem dort stattgefundenen Patrouillengefecht in vorgestriger Nacht bestätigt sich. Die Dänische Patrouille, die von den Utrigen aus genanntem Dorfe zurückgeworfen wurde, warf entweder aus Bosheit oder aus Nebermuth, Brandraketen in das von ihnen verlassene Dorf, wobei 3 Häuser in Flammen aufgingen.

(S. C.)

Kiel, den 25. November. (H. N.) Heute fand die Größlung der ersten ordentlichen Schleswig-Holsteinischen Landesversammlung statt. Gegen 1 Uhr Mittags waren die meisten Abgeordneten anwesend und hatten ihre Plätze eingenommen; der Departementschef des Innern erklärte die Versammlung für eröffnet und forderte den Alterspräsidenten, Regierungsrath P. Lüders, auf, die Wahl eines Vorsitzenden zu leiten. Nachdem er sich dazu den Beifand des Dr. Valemann und des Probst Boysen erbettet, ward diese Wahl vorgenommen; sie fiel mit 60 von 65 abgegebenen Stimmen wiederum auf den Advokaten Bargum. Bargum sprach seinen Dank gegen die Versammlung aus, wobei er zugleich, wie früher, einen Blick auf die augenblickliche politische Lage des Landes warf: im Norden steht unser Heer dem Dänischen noch in gleicher Stellung gegenüber; wir würden ohne Zweifel noch durch besondere Mittheilung erfahren, warum die Offensive bis jetzt nicht habe ergriffen werden können. Aber auch vom Süden her drohe eine Gefahr, nämlich die, daß das gesetzliche Thun der Versammlung durch die Dänenischen Kunst Deutscher Truppen oder wenigstens, wenn auch Croaten darunter wären, doch in Folge Deutscher Beschlüsse gestört werden möge. Indessen habe bereits ein Deutscher Fürst, eingedenk seiner Ahnen, die für die Deutsche Ehre und Freiheit zu kämpfen und zu sterben wußten, gegen eine solche Schandthat seine berechtigte Einprache erhoben, und es sei darnach zu hoffen, daß einem solchen Frevel werde gewehrt werden. Indem er daher auf die der Versammlung vorliegenden umfassenden und daher keine geringe Dauer ihr vorzeichnenden Arbeiten verwies, forderte er auf, getrost den Muthes an die weiteren Geschäfte zu geben.

Osnabrück, den 25. November. Seit einigen Tagen herrscht hier das Gerücht, daß Stütze hier Landdrost werden würde. Bislang ist noch nichts Wahres an diesem Gerüchte; hegte übrigens Stütze diesen Wunsch, so würde der König, der ihm bereits vergebens anbot, Landdrost in Hildesheim zu werden, ohne Zweifel denselben gewähren.

(W. Ztg.)

Frankfurt a. M., den 24. November. Der gemeldeten Abberufung des Gesandten Luxemburgs und Limburgs beim "Bundestage" wird (für jetzt noch) widersprochen, und als ein aus dem neulichen Beschlüsse der Luxemburgischen Kammer hergeleiterter Irrthum bezeichnet. Heute fanden starke Preußische Husaren- und Artillerie-Abtheilungen aus Baden durch unsere Stadt; erstere sollten in dem nahen Nassauischen, letztere in und bei Friedberg rasten. — Die Durchmärsche der auf der Rückkehr aus dem Großherzogthum Baden begriffenen Königl. Preußischen Truppen haben gestern und heute fortgedauert;

sie werden nächsten Donnerstag, den 28. d. M., ihr Ende erreichen. Frankfurt a. M., den 25. November. Gestern Abend hatten bereits abermals Kreuze Bayerischer Soldaten gegen Preußen stattgefunden. Heute Abend waren die Preußen in ihren Kasernen konfiguriert; aber auch Einzelne konnten der Brutalität der Baiern nicht entgehen. Eine Preußische Patrouille von 4 Mann ward plötzlich von Baiern angegriffen und dem Unteroffizier über den Rücken gehauen. Erst eine stärkere Patrouille konnte sie vor weiteren Insulten in Schutz nehmen. Beim Abgange der Post waren blutigere Szenen zu befürchten. Zu bemerken ist, daß zwischen Preußen und Oesterreichern das friedlichste Verhältniß bis jetzt bestanden hat, wie es die Überzeugung aller ist, daß die brutale Röhrigkeit der Baiern das alleinige Motiv der Reibungen bildet.

Frankfurt, den 25. November. (Berl. N.) Die Diplomaten des Bundesstaates scheinen von verschämlicherer Gesinnung gegen Preußen zu sein, als die Oesterreichische Regierung. In einem der bekannten, von Hrn. v. Blittersdorf herrührenden Artikel in der "O.-P.-A.-Z.", findet sich heut folgende, höchst bemerkenswerthe Stelle:

"Wir können mit Sicherheit annehmen, daß Preußen nicht befriedigt werden kann, so lange es nicht die volle, nicht bloß die scheinbare Parität mit Oesterreich erlangt hat. Diese ist aber, sprechen wir es offen aus, nicht denkbar, ohne daß ihm die Schirmvoigtei über den Norden Deutschlands übertragen werde. Für Oesterreich würde also zu erwägen sein, ob die Zugestellung dieser Schirmvoigtei, oder die Begegnung des Krieges das größte Uebel sei? Für das letere sprechen die gewichtigsten Gründe. Angenommen, daß Oesterreich in einem Kriege mit Preußen entschieden Sieger bliebe, und daß es ihm gelänge, die Macht Preußens völlig niederzuwerfen, so würde es den Tag darauf damit beginnen müssen, Preußen als Europäische Großmacht im Norden Deutschlands wiederherzustellen, weil Deutschland einer solchen Macht nun einmal zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts in Europa nicht entbehren kann. Der Krieg zwischen Oesterreich und Preußen würde aber zuverlässig dazu dienen, die kleinen Staaten im Norden Deutschlands jeder Konstanz zu berauben, und es würde deshalb auch nichts erlaubigen, als dieselben dem neu konstruierten Preußen dennoch zugutezuheilen. Das Endresultat des Krieges würde demnach in einer noch größeren Verschmelzung des Nordens Deutschlands bestehen, als diejenige, welche aus einer Schirmvoigtei Preußens hervorgehen könnte. Die Transaktion scheint deshalb durch die Verhältnisse geboten zu sein, und Oesterreich wird sich und Deutschland nichts vergeben, wenn es selbst um diesen Preis, die Hand zum Frieden bietet. Schwieriger wird die Zustredenstellung Baierns erscheinen. Die Präventionen dieses Staates sind durch die Verhältnisse nicht so klar vorgezeichnet, wie die Preußens. Ein Europäisches Bedürfniß zur Verstärkung Baierns liegt nicht vor, und das Deutsche dürfte gleichfalls nicht nachzuweisen sein. Jedenfalls würden die Vortheile, welche diesem Staate zu gewähren wären, untergeordneter Natur sein, und vielleicht auch mit Sachsen, Württemberg und Hannover getheilt werden müssen. Diese Verhältnisse gehören dem inneren Bundesstaatsrecht an und werden daher hier weiter nicht zu entwickeln sein. Sollte die gegenwärtige Lage Deutschlands aus diesem Gesichtspunkt aufgefaßt werden müssen, so würden auch die Kurhessischen und Holsteinischen Angelegenheiten in ein neues Stadium treten. Die bewaffneten Unterhandlungen bedingen einen status quo bis zum Ausgang derselben. Keiner der unterhandelnden Mächte kann zugemutet werden die militärische Stellung, welche sie eingenommen haben, vor erledigter Sache, mit hin bevor der Friede feststeht, aufzugeben. Die Argumente, deren man sich bei solchen Unterhandlungen bedient, bestehen nicht in den Rechtsgründen, sondern in den Armeen, die einander gegenüber aufgestellt sind. Das Zurückziehen der Armeen aus vortheilhaften Positionen wäre dem Aufgeben der wichtigsten Argumente bei den Friedensunterhandlungen gleich zu achten, und man wird deshalb nicht zugleich das Recht und die Armeen vorstellen und geltend machen können. Man muß das Eine oder die Anderen bei Seite sehen und sich durch die in die Augen springenden Vortheile und Nachtheile in seinen Entscheidungen bestimmten lassen."

Frankfurt, den 26. November. Ich bin im Stande, aus zuverlässiger Quelle die Mittheilung zu machen, daß die Kurhessische Regierung beim Bundestage die Erklärung abgegeben hat, "daß Se. Königl. Hoheit der Kurfürst mit zwei oder dreitausend Mann verläßt die Kurhessischen Truppen nach Kassel aufzubrechen beabsichtige, um die Regierung seines Landes verfassungsmäßig wieder zu übernehmen. Der Kurfürst habe die Ansicht, daß die Aufrechterhaltung der Ordnung in Kurhessen von nun an ihm obliegen müsse und daß er deshalb der Überzeugung sich hingabe, die Truppen, welche der Bundestag dabin entsandt habe, zu gleicher Zeit von demselben zurückzogen zu sehen. In Folge dieser Erklärung hat Graf Thun noch im Laufe des 24. November nach Wien um die Zustimmung zu derselben telegraphische Anfrage ergehen lassen. Man erwartet, daß Fürst Schwarzenberg diesem Vorschlag seine Zustimmung ertheilen werde. Man verfügt sogar, daß diese Zustimmung bereits hier eingetroffen sei und Sie werden augenblicklich von mir Nachricht erhalten, wenn sich dieselbe bestätigt. Der Kurfürst bestätigt ebenso der preußischen Regierung seine Intention zu notificiren und falls dieselbe ebenfalls in Folge dieser Eventualität ihre Truppen zurückziehe, die Rückkehr nach seiner Hauptstadt sogleich anzuordnen.

Braunschweig, den 26. November. Der amtliche Theil der "Braunschweigischen Anzeigen" enthält eine Bekanntmachung, in welcher das Ministerium auf "Allerhöchsten Specialbefehl" den Anlauf von Pferden anordnet und bestimmt wird, daß die betreffenden Bestimmungen bei "einem bevorstehenden Marsch" unserer Truppen auch auf den übrigen Bedarf der Brigade" Anwendung finden sollen.

Dresden, den 26. November. (D. R.) Die hiesige Thätigkeit in kriegerischen Vorbereitungen hat wieder zugewonnen, und damit auch die ängstliche Spannung der Gemüther und die Befürchtungen eines Kampfes, dessen Folgen und Endziel außer aller Berechnung liegen. Die Sicherung des Königl. Eigenthums auf dem Königstein hat schon ihren Einfluß so weit geäußert, daß in manchen Familien Vorbereitungen in gleicher Art gemacht werden. Es muß unentschieden bleiben, ob man dabei die der Regierung feindlichen oder die befürworteten Militärkolonnen im Auge hat. Beachtung verdient es, daß in gewissen Kreisen das Gerücht ganz ernsthaft verbreitet ist, daß Preußische Truppen würden, wenn sie herkämen, plündern. Das Volk glaubt in beunruhigten Zeiten Alles, und es wäre zu wünschen, daß dies feindliche Gerücht von Preußen her die verdiente Abweisung finde. (Verdient und bedarf keine Abweisung Preußischerseits. Es gibt Anklagen, gegen die sich zu vertheidigen Thorheit ist.) Der Verkehr ist seit einigen Tagen wieder gelähmt, das Geld wird überall zurückgehalten, Vorrathseinkäufe von Lebensmitteln von Menschen gemacht, die Gelder aus der Sparskasse erhoben. — Die Truppenzusammenziehungen erfolgen bei Großenhain, Riesa und bei Pirna und Königstein. Die Vertheidigung der Elbline liegt offenbar für den Kriegsfall im Plane. Sämtliche Pontons sind gestern nach Pirna zu gebracht; die Munitionsmagazine werden geleert. Die Einquartierung hier und in nächster Umgegend ist beträchtlich. In den Dörfern sind Nächte bereits Feldwachen ausgestellt. Oesterreichische Truppen haben die Grenze noch nicht überschritten. Die neue Eisenbahnbrücke ist so weit vorgerückt, daß sie im Nothfall passirbar ist. Theater, Konzerte sind leer.

Mainz, den 24. November. Heute hatten wir ein sehr reges militärisches Treiben in unserer Stadt. In der Frühe, um 7 Uhr Morgens marschierte ein Bataillon des Königlich Preußischen 39. Infanterieregiments von hier nach Koblenz, um 8 Uhr folgte ihm die seit 4 Monaten hier garnisonirende Schwadron des Königlich Preußischen 8. Kürassierregiments, wofür um die Mittagsstunde eine halbe Schwadron des Königlich Preußischen 5. Ulanenregiments hier einrückte, welche bis zum 30. d. M. hier bleiben wird, an welchem Tage solche durch eine Schwadron Landwehrulauen, von Düren kommend, ersetzt werden soll. In diesem Augenblicke kommt auch das seither bei Köln einererzirte Bataillon neu eingetretener Rekruten des Königlich Preußischen 38. Infanterieregiments mit klingendem Spiele hier an, um beim Regiment einzutreten.

Wiesbaden, den 24. November. So eben, Nachmittags 2 Uhr, langte mit einem Extradenksmahlzug das erste Bataillon des 27. Preußischen Infanterieregiments unter ihrem Obrist Gehe hier an, bald darauf mit einem zweiten Extrazug die Bagage. Morgen früh 6 Uhr geht das Bataillon wieder ab nach Bibrich zum Dampfsboot, das es Koblenz bringt.

Aus Franken, den 21. November. Alle Vorkehrungen deuten darauf hin, daß das 1. bayerische Armeecorps mobil gemacht wird und bestimmt ist, Oberfranken in der Art zu besetzen, daß es die Linie zwischen dem österreichischen Armeecorps im Norden Böhmens und den Bundesstruppen im Kurfürstenthum Hessen und an der Rhön ausfüllen soll. Die Gränze gegen die sächsischen Herzogthümer, welche zwischen Preußen und Bayern liegen, wird besonders dicht gedeckt werden. Hier und da wurden bei Ortsvorständen schon Erkundigungen eingezogen über den Stand der Wintervorräthe, und wie weit man auf deren Nachhaltigkeit rechnen könne. — Aus dem Voralbergischen soll das Armeecorps des Erzherzogs Leopold ganz gezogen werden (dort ist nämlich bereits große Roth eingetreten; österreichische Offiziere erzählten u. a., daß man Fleisch oft 20 bis 30 Stunden weit requirierte). Eine weitere Abtheilung hat bereits die bayerische Gränze überschritten und liegt im Quartier um Kempfen und Kaufbeuren, des Befehles gewäßrig, per Eisenbahn nach Nördlingen transportirt zu werden. Ob diese Truppen in Verbindung mit den noch im Voralbergischen stehenden nach Württemberg bestimmt sind oder nach Franken, hängt von der Gestaltung der politischen Verhältnisse in Württemberg ab. Kleine Züge österreichischer Soldaten, gesetzte zuverlässige Leute, gehen fortwährend von ihren Regimentern in Franken nach den Kaiserstaaten zurück; sie sind bestimmt, als Unteroffiziere bei der Bildung des 5. Bataillons zu wirken; einige davon kommen zur Gendarmerie nach Ungarn, wo die schärfste Überwachung in letzter Zeit nöthig geworden ist.

Karlsruhe, den 21. November. (B. N.) Heute überreichten die beiden Bürgermeister hiesiger Stadt, so wie der Obmann des Bürgerausschusses und eine Abordnung von Gemeinderaths- und Bürgerausschussmitgliedern aus Veranlassung des Abmarsches der K. Preuß. Truppen aus Baden und der nahe bevorstehenden Abreise Sr. Exz. des General-Lieutenants v. Schreckenstein, demselben eine Adresse.

Der General-Lieutenant von Schreckenstein war von dem darin ausgesprochenen Ausdruck der Gesinnungen der hiesigen Bürgerschaft gegen das Preußische Heer und seine Person tief gerührt und erwiderte der Deputation, daß er gerne die in der Adresse ausgesprochenen Wünsche und Gesinnungen Sr. K. Hoheit dem Prinzen von Preußen und den Truppen mittheilen werde. Seit Jahren sei eine falsche Ansicht, besonders in Südbaden, über das Preußische Heer verbreitet gewesen; er hoffe aber, daß der längere Aufenthalt der Preußischen Truppen in Baden diese Ansicht berichtigt habe. Sie hätten stets Sitte und Ordnung aufrechtzuerhalten gesucht, und wenn sie hier und da

## Niederlande.

mit Strenge aufgetreten, so sei dies in Folge der Gesetze und Befehle geschehen, und Gehorsam sei die erste Pflicht des Soldaten; mit Wissen habe er kein Kind beleidigt. Er glaube, daß mit Beruhigung der Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung im Laufe entgegengesetzen werden könnte, auch wenn das Preußische Heer Baden verlassen habe, da die Badischen Truppen durch die seit ihrer Reorganisation bewiesene Mannschaft und Ordnungsliebe, welche auch der Badische Truppentheil während seines Aufenthalts in Preußen betätigt habe, die nothwendige Bürgschaft hierfür böten.

## **A**ustrian **D**rama.

Wien, den 25. November. Die Argusmutter Ztg. vertheilt nun selbst ihre Nachricht von der Vergiftung des Sultans; sie sagt: "Die in unserem Blatte vom 18ten d. befindliche Nachricht von der Vergiftung des Türkischen Kaisers wurde uns von dem Korrespondenten M. mitgetheilt; daß er sich des Ausdrückes bediente, sie sei im dienstlichen Wege an den Gordon gelangt, mag den Grund darin haben, daß, wie er uns schrieb, dies Gerücht am Gordon allgemein verbreitet war. Da wir übrigens diese Nachricht bezweifeln, so haben wir an einen unserer gewöhnlichen Korrespondenten uns jogleich gewendet und von demselben die Mittheilung erhalten: es sei in der That an der Grenze dieses Gerücht allgemein verbreitet gewesen, jedoch als nicht vom Omer Pascha, sondern von dem regierungseindlich gesinnten Omer-Aga-Pöchki an den Gordon mitgetheilt."

Prag, den 20. November. (Köln. Z.) Wir vernehmen aus verlässlicher Quelle, daß der König von Preußen zur Errichtung einer Erz-Statue des Feldmarschalls Nadekhy 1000 Th. C.-M. gewidmet habe, welche Summe einem hiesigen Banquierhause zur Übergabe an den Ort ihrer Bestimmung gestern zugelommen ist.

## Schweiz.

Bern, den 21. November. (Köln. Z.) Nachträglich habe ich Ihnen zu melden, daß auch in der Stände-Kammer eine Episode in Betreff der Neuenburger Frage veranlaßt wurde, und zwar waren es die beiden Abgeordneten von Neuenburg, Petitpierre und Jeanneraud, welche den Bundesrat beswegen angrißen, als hätte er auf eine unbefugte und die Würde der Schweiz compromittirende Weise mit dem Berliner Cabinet unterhandelt. Ihre Sprache war eine solche, die den Bundes-Präsidenten veranlaßte, zu danken, daß man den Bundesrat nur für einfältig, nicht gar verrätherisch halte. Die Neuenburgischen Abgeordneten verlangten sehr bestimmt, daß endlich Neuenburg nicht nur faktisch, sondern auch förmlich den übrigen Cantonen der Schweiz gleichgestellt werde. Es wurde jedoch in dieser Sache kein besonderer Beschluß gefaßt.

## Franreich.

Paris, den 24. Novbr. (Berl. N.) Hr. v. Persigny ist heut von Berlin hier angekommen und hat seine Wohnung im Elysée bezogen. — Der Gen. Cavaignac erhielt vor wenigen Tagen ein Schreiben aus Wien mit Stammbüchern, Dokumenten &c. über seine adelige Herkunft und Verwandtschaft mit den ersten Österreichischen Adelsgeschlechtern. Die Sendung war ihm zum Verkaufe angeboten. Cavaignac dankte für den Antrag in einem Schreiben, dem folgende Stelle entnommen ist: „Ob ich mit Adelsgeschlechtern verwandt bin, oder nicht, kümmert mich nicht im Geringsten. Ich stamme aus einer bürgerlichen Familie und es ist mein Stolz, ein Bürger zu bleiben. Ich kann daher von Ihrem Antrage durchaus keinen Gebrauch machen.“

— Persigny hatte gleich nach seiner Rückkehr eine lange Unterredung mit L. Napoleon, der gestern auch dem Fürsten v. Canino Privat-Audienz gab. General Changarnier war heute im Elysee, wo er eine lange Konferenz mit L. Napoleon hielt; zwischen beiden herrscht, dem "Bulletin de Paris" zufolge, völliges Einvernehmen. — Der Prinz von Capua, Bruder des Königs von Neapel, wurde dieser Tage wegen 4000 Fr., die er einem hiesigen Advokaten schuldet, in Haft genommen, auf gestellte Bürgschaft jedoch wieder freigelassen. — Der Ober-General der 5. und 6. Division (Lyon) hat die Verbreitung und den Verkauf des neuen demokratischen Journals "Vote Universel" in den unter seinem Befehle stehenden Departements verboten. — Die meisten der wegen des Complots im Süden verhafteten Personen werden, sobald sie ein kurzes Verhör bestanden haben, nach Lyon gebracht.

— Das heutige J. d. Dēb. meldet Folgendes: Wir kennen von der Preußischen Thronrede bis jetzt nur ein, durch den Telegraphen nach Köln befördertes Bruchstück, welches sich auf die Oesterreichisch-Preußische Streitfrage bezieht. Dieses Bruchstück athmet augenscheinlich eher Frieden als Krieg. — Die Presse, welche auch mir das Bruchstück kennt, meint: „die Kammermüssen den König auf seinem neuen Gange unterstützen, die öffentliche Meinung, die ganze Nation ihrerseits den Kammern dieselbe Stütze sein. Wir machen uns auf eine kategorische Adresse gefaßt. Es gibt in Preußen jetzt keine Parteien, die Bewegung hat alle Gemüther ergriffen und sich auch der oberen Gesellschaftsschichten bemächtigt. Es gibt keine Gerichte mehr (!), weil alle (!) Richter sich zu Soldaten gemacht haben. (!) Die Bewegung ist schöner, tiefer, hinreißender, als 1813, sie wird bessere und größere Ergebnisse liefern.“ — Der National hält den ihm bekannt gewordenen Theil der Thronrede für „sehr friedlich“ und glaubt überhaupt nicht an einen Krieg zwischen Preußen und Oesterreich, obwohl „Oesterreich, streng genommen, einen Kampf wünschen mag, welcher ihm gestattete, seine Truppen auf feindlichem oder verbündetem Gebiet ernähren zu lassen, mit seinem ganz werthlosen Papiergeld die gewaltsam beherrschten Länder zu überschwemmen.“ Dessen ungeachtet würde es aber doch nicht zum Kriege kommen. — Hiesige Blätter enthalten den Bericht eines Reisenden, welcher mit der Eisenbahn durch Rheinpreußen gekommen ist. Er beschreibt die allgemeine Aufregung als sehr groß. Auf jeder Station wurde der Zug mit dem Rufe: „Es lebe Preußen!“ u. s. w. empfangen. Als ein bezeichnendes Ereigniß erzählt er, daß er nirgends seinen Paß visit erhalten konnte. Ein Deutscher fragte ihn sogar ironisch, ob er wohl noch in Frankreich zu sein glaube? — „Kein Paß mehr in Preußen“, bemerkt ein hiesiges Blatt, „das ist in der That schon eine Revolution.“

## Großbritannien und Irland.

London, den 23. Novbr. An Lord Palmerston ist ein offenes Sendschreiben wegen der fortgesetzten Innehaltung der Polnischen und Ungarischen Flüchtlinge in der Türkei gerichtet worden. Man glaubt, daß der Minister Schritte bei der Pforte thun werde.

— Das Gericht von der Verbannung des Cardinals Wiesemann erweist sich als ganz falsch. Ohne Ermächtigung des Parlaments steht es der Regierung übrigens nicht zu, das Fremdengesetz auf den Cardinal, der in Spanien geboren ist, anzuwenden. Das Ministerium wird indeß eine Bill einbringen, welche der Aufregung der Hochkirchlichen Rechnung träßt. (Berl. II.)

## Locales 2c.

## Schwurgerichts-Sitzung

Posen, den 28. November. Zuerst wurde am heutigen Tage gegen Gregor Durski aus Schrimm verhandelt, der wegen zweiten gewaltsamen Diebstahls in Anklage stand. In der Nacht vom 4. zum 5. Juni d. J. entdeckte der jüdische Privatlehrer Glasz, der in seinem im Erdgeschoß belegenen Zimmer unmittelbar neben dem Fenster schlief, daß von außen heremand bemüht sei, ihm die Bettdecke vom Körper wegzuziehen; dadurch ununter gemacht und indem er das Bett mit allen Kräften festhielt, erkannte er den vor dem geöffneten Fenster stehenden und im Versuch dieses Diebstahls befindlichen Durski, der dann alsbald die Flucht ergriff. Als Glasz darauf aufstand, bemerkte er, daß der eine Fensterschlüssel ganz ausgehoben mit zerbrochenen Scheiben einige Schritte vom Hause entfernt lag, so wie daß vor dem Fenster, an welchem die That versucht worden war, mehrere Klopfen Holz zur Erleichterung des Hinaufsteigens aufgeschichtet waren. Auch fehlten ihm noch mehrere Gegenstände, Leinwand und Kinderzeug, die bei dem Fenster gelegen und deren Gesamtwert 25 Sgr. betrug. Der Wert des Bettes, das Durski zu stehlen versuchte, ist auf 10—12 Rthlr. festgestellt. Der Lehrer Glasz, so wie seine Frau bekunden aufs bestimmteste den Vergang der Sache, so wie daß sie Beide den Durski erkannt hätten. Eine weitere Zeugin vermochte nur auszusagen, daß sie die gestohlenen Kindersachen in einem Garten gefunden und den Glaszschen Eheleuten zugestellt habe. Durski wollte von der ganzen Sache Nichts wissen und behauptete in der Nacht vom 4. zum 5. Juni zu Hause geschlafen zu haben, wofür er einen Zeugen aufstellte, der dies indeß nur sehr ungern bekunden konnte und dessen Glaubwürdigkeit überdies durch ein schlechtes Sitten-Testimonium des Magistrats zu Schrimm verdächtigt wurde. Der Vertheidiger, R. Anwalt v. Kryger, stellte zunächst entschieden in Abrede, daß hier überhaupt ein gewaltsamer Diebstahl vorläge, da das Charakteristische einer gefährlichen Gewaltthätigkeit durch nichts erwiesen und die Art und Weise des Diebstahls überhaupt sehr unaufgeklärt geblieben sei; ferner behauptete er, daß auf das alleinige Zeugniß der Bestohlenen, also Interessirten, die Frage der Thäterschaft nicht als erwiesen angenommen werden dürfe, so wie endlich daß selbst im Falle eines „Schuldig“ hier kein zweiter gewaltsamer Diebstahl vorläge, wie die Anklageschrift besage, sondern nur ein erster, da die erste Bestrafung Durski's wegen gewaltsamen Diebstahls eine außerordentliche gewesen, die im Sinne des Gesetzes nicht als völlig gültig gerechnet werden dürfe. Gleichwohl sprachen die Geschworenen das Schuldig über den Beklagten aus und Durski wurde demzufolge vom Gerichtshofe wegen zweiten gewaltsamen Diebstahls zu einer 12jährigen Zuchthausstrafe, Verlust der Kokarde und 12jähriger Stellung unter polizeiliche Aufsicht verurtheilt.

Die zweite Sache, die zur Verhandlung kam, war gegen den Wirth Gayda, und betraf eine, im trunkenen Zustande begangene Widerseßlichkeit und ein gleichzeitiges thältisches Insultiren gegen den Waldwärter M a i j e z a k , als derselbe den Angeklagten wegen Baumfrevels um seine Art gepfändet hatte. Er hatte bei dieser Gelegenheit den Waldwärter gewürgt und heftig geschlagen, bis dieser durch den Wärter H o f f m a n n und einen andern Wirth, die beide heut als Zeugen fungirten, aus Gayda's Händen befreit wurde. Da die Geschworenen diesen für „schuldig“ erachteten, wurde er zu einer dreimonatlichen Zuchthausstrafe verurtheilt.

Posen, den 29. November. In der ersten Abtheilung wurden gestern zu Mitgliedern des Gemeinderathes gewählt: 1) Abr. Asch, 2) Kaufm. Altman u., 3) Kaufm. Berger, 4) Justizr. Dönniges, 5) Landsch.-R. v. Chlebowski, 6) Zimmerm. v. Salkowski, 7) Dr. v. Gąsiorowski, 8) Kaufm. Sal. Jassé.

## Musterung polnischer Zeitungen.

Um einen Beweis zu liefern, wie weit der Polnische Fanatismus gegen Preußen hin und wieder geht und zu welchen unverhüntigen und kindischen Urtheilen er manche Polen hinreißt, theilen wir aus Nro. 126 des Goniec Polski folgenden Artikel wörtlich mit, der aus Buczel bei Pr. Friedland in Westpreußen datirt ist und mit Fulgent-Grabowski unterzeichnet ist.

Wenn wir an die Ereignisse des Jahres 1848 und an den ruhmreichen Sieg über die Tscherkenen bei Nowowraklam denken, so können

## Kammer-Verhandlungen.

Schweiz. Sitzung der zweiten Kammer am 28. November

Vorsitzender: Graf von Schwerin. Eröffnung 1 Uhr 20 Minuten. Tagesordnung: Bericht der Kommission für die Geschäftsführung über den dringenden Auftrag der Abgeordneten Pochhammer und Genossen, betreffend die Abänderung des §. 19. der Geschäftsführung. Am Ministerthische: v. Rabe, Simons und v. Stockhausen.

Der Präsident teilt der Versammlung mit, daß die Kommission zur Berathung der Wahlgesetze für die Fürstenthümer Hohenzoller gewählt sei, und fordert dieselbe auf, sich heute nach der Plenarsitzung zu versammeln.

Gernier macht der Präsident die erfolgte Konstituierung der verschiedenen Fachkommissionen bekannt undtheilt der Kammer d. Namen der Vorsitzenden mit. Es sind: 1) für die Agrarkommission Vorsitzender Abg. Ambronn, Stellvertreter Abg. Bauer (Starck); 2) Kommission für Finanzen und Zolle: Vorsitzender Abg. Patzstorff, Stellvertreter Abg. Pochammer; 3) Justizkommission: Vorsitzender Abg. Simson; 4) Kommission für Handel und Gewerbe: Vorsitzender Abg. v. Biehahn, Stellvertreter Abg. Erbreich; 5) Kommission für das Gemeindesenat: Vorsitzender Abg. v. Seckendorf, Stellvertreter Abg. v. Poninski; 6) die Kommission für das Unterrichtswesen: Vorsitzender Abg. Landserman, Stellvertreter Abg. Urlich; und Petitionskommissionen (Vorsitzende sind nicht benannt).

Demnächst wird zur Tagesordnung übergegangen.  
Der Antrag des Abgeordneten Pochhammer und Genossen ging d.hin, den im §. 19. der Gesetzesordnung angeordneten 7 Säckommissionen noch eine für die Bearbeitung des Staatschau-haltsetats hinzuzufügen.

Dieselbe sollte aus 9 Spezialkommissionen bestehen, deren jede aus sieben durch die Abtheilungen zu wählende Mitglieder zu bilden sei. Sobald eine der Spezialkommissionen ihre Geschäfte beendet, sollte nach dem Antrage die Vorsitzenden und Referenten sämtlicher Spezialkommissionen zu einer Centralkommission zusammenentreten, welche den Staatshaushalt im Ganzen zu prüfen und darüber dem Plenum Bericht zu erstatten habe.

Der Abg. Pochammer motiviert den von ihm eingebrachten Antrag noch einmal kurz, worauf die Kammer die Dringlichkeit desselben anerkennt.

Nachdem der Weichterstatter Abg. Groddeck noch einige Worte für den Vorschlag der Kommission gesprochen, tritt die Kammer der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung bei.

Die Tagesordnung ist hiermit geschlossen und der Präsident fordert eben gefassten Beschlüsse gemäß, die Abtheilungen auf, die Wahl der Mitglieder der Budgets-Kommission morgen Mittag 12 Uhr vorzunehmen, und schließt hierauf die Sitzung um 2 Uhr.

Nächste Sitzung: morgen Nachmittag 2 Uhr.  
Tagesordnung: Bekündigung der Wahlen und die Angelegenheit des Abgeordneten Tothe.

